

Die Sicherung der gesetzlichen Rente bleibt ein heißes Eisen

Generationenvertrag steht auf wackligen Beinen

Optimistischen Szenarien zufolge soll die Reserve der Pensionskasse nur noch 20 bis 30 Jahre ausreichen

VON ANDREAS ADAM

Luxemburg ist im März vom Internationalen Währungsfonds kritisiert worden, sein Rentensystem noch nicht ausreichend reformiert zu haben. Es müsse mehr getan werden, um künftigen Defiziten entgegenzutreten. Prognosen, die auf einem starken Bevölkerungswachstum basierten, seien mit Vorsicht zu behandeln. Auch aus Gründen der Fairness über Generationen hinweg, dürften tiefgreifende Reformen nicht aufgeschoben werden. Wir sprachen darüber mit dem Präsidenten der Pensionskasse, einem Wirtschaftswissenschaftler der Uni Luxemburg und dem Direktor des Statistikamtes Statec.

Nach Angaben der Pensionskasse CNAP werden heute so viele Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt, dass davon nicht nur die Renten der älteren Leute bezahlt werden können. Es fällt sogar ein Überschuss an, denn um den Rentenbedarf zu decken, müssten aktuell lediglich 21,8 Prozent (Verteilungssatz) der Lohnmasse abgeführt werden. Tatsächlich zahlen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat jeweils acht Prozent, d. h. zusammen 24 Prozent. Der durch anfallende Beitragsüberschuss, zusammen mit dem Ertrag der Rentenreserve, lag im vergangenen Jahr bei rund 1,8 Milliarden Euro, was dazu führte, dass die luxemburgische Rentenreserve auf stolze 15,6 Milliarden Euro zulegte. Dieser zweistellige Milliardenbetrag würde allein ausreichen, um die heutigen Renten vier Jahre zu zahlen. Was ist also das Problem? Und warum wird Luxemburg ermahnt?

Beschäftigte aus Boomjahren bald im Rentenalter

„Die Probleme des luxemburgischen Rentensystems sind struktureller Natur“, so Robert Kieffer, Präsident der CNAP, im Gespräch mit dem Luxemburger Wort. Mitte der achtziger Jahre habe der Beitragssatz bereits bei 24 Prozent der Lohnmasse gelegen, während der Wert des Rentenversprechens 37,5 Prozent der Lohnmasse ausmachte. Bis zum Krisenjahr 2008 seien im Zuge dreier großer Reformen immer höhere Rentenversprechen gemacht worden, die nur deswegen gestemmt werden konnten, weil der Arbeitsmarkt außerordentlich boomte und die Zahl der Beitragszahler jährlich um 3,8 Prozent zulegte. Seitdem habe sich einiges geändert (siehe Grafik). „Die Zahl der Beschäftigten ist nach der Krise nur noch um zwei Prozent gewachsen und wir wissen nicht wie das weitergeht. Gleichzeitig gehen heute pro Jahr 1500 bis 2000 Personen schon mit 57 Jahren in den Ruhestand, und die Menschen werden inzwischen 4-5 Lebensjahre älter. Das alles vor dem Hintergrund der gemachten Rentenversprechen. Nicht zuletzt muss man auch bedenken, dass die zusätzlichen Beschäftigten aus den Boomjahren bald selbst ins Pensionsalter kommen“, so Kieffer.

„Damit die bisherige Rechnung weiterhin aufgeht, müsste die beitragszahlende, arbeitende Bevölkerung künftig pro Jahr um mindestens 3,4 Prozent wachsen.“ Was be-



Heute werden so viele Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt, dass davon nicht nur die laufenden Renten der älteren Leute bezahlt werden können. Es fällt sogar ein Überschuss an. Doch die Zahl der Beschäftigten wächst nicht mehr so schnell wie in den Boomjahren vor der Krise. (FOTO: SHUTTERSTOCK)

deutet das konkret? Aktuell liegt die beitragszahlende Bevölkerung laut CNAP bei rund 400 000. Wer heute 20 Jahre alt ist, bekomme demnach die versprochene Rente mit 60 nur, wenn die Zahl der Beitragszahler dann bei 1,6 Millionen läge. Damit die Rente auch bis zum achtzigsten Lebensjahr gezahlt würde, müsste die Zahl der Beitragszahler auf 3,2 Millionen steigen. „Wir haben eine Musterrechnung durchgeführt, wobei die Zahl der Beitragszahler weiterhin um zwei Prozent zulegen würde. Das ist ein optimistisches Szenario. Dennoch würde es nicht ausreichen und zur Katastrophe führen, weil in gut zehn Jahren die Rentenreserve angegriffen würde und ungefähr zehn Jahre später vollends aufgebraucht wäre“, so Robert Kieffer. Als Lösung gebe es die Möglichkeit den Beitragssatz

erstmals seit fast 40 Jahren zu erhöhen, die Rentenversprechen zurückzuschrauben oder beides gleichzeitig. Mit der Rentenreform von 2012 sei ein erster Richtungswechsel eingeleitet worden, so der Präsident der Pensionskasse. Das Bruttorentenniveau werde langfristig etwas gesenkt, die Ersatzquoten lägen aber auch dann noch etwa doppelt so hoch wie bei den deutschen Nachbarn. Noch sei in Luxemburg Zeit, die notwendigen Reformen des Rentensystems einzuleiten. Man dürfe es jedoch nicht auf die lange Bank schieben.

„Luxemburg hat über Jahre von einem enormen Zuwachs an Beitragszahlern profitiert, der nur durch Immigranten und Grenzgänger möglich war. Das hat sich wie ein Baby-Boom ausgewirkt“, sagt Professor

Henri Sneessens vom Centre for Research in Economics and Management (CREA) der Universität Luxemburg. Man sollte aber nicht davon ausgehen, dass sich dies in Zukunft fortsetze, und die zusätzlichen Arbeitskräfte würden schließlich selbst einmal zu Rentnerberechtigten. Das komme dann von der Auswirkung her einem Baby-Bust gleich.

Mangelnde Fairness gegenüber jungen Leuten

Bei der letzten Rentenreform von 2012 sei man von einem viel zu optimistischen Szenario ausgegangen, dass nämlich das Bruttoinlandsprodukt bis 2060 um drei Prozent jährlich steigen werde und die Beschäftigung jährlich um 1,5 Prozent wachse. Die EU-Kommission sei da viel pessimistischer und erwarte in Lu-

xemburg allenfalls 1,9 Prozent BIP-Zuwachs und 0,5 Prozent mehr Beschäftigung pro Jahr. Doch selbst wenn das überaus optimistische Szenario eintreffe, sei die bislang vorhandene Rentenreserve etwa im Jahr 2034 vollständig aufgebraucht. „Die damalige Regierung wusste das und hat einen Anpassungsmechanismus geschaffen, um im Falle einer defizitären Entwicklung automatisch Gegenmaßnahmen einzuleiten“, so Sneessens. „Dennoch meine ich, dass das heutige System weder nachhaltig noch finanziell machbar ist. Man wird die Beiträge so oder so erhöhen und die Leistungen senken müssen.“ Auch wenn man durch den geschaffenen Anpassungsmechanismus einer gewissen Verantwortung bereits gerecht werde, sei das aktuelle System nicht fair gegenüber den jungen Leuten. „Dadurch, dass man erst aktiv wird, wenn es schlecht läuft, findet bis dahin ein einseitiger Geldtransfer von der jungen arbeitenden Bevölkerung zur nicht mehr arbeitenden älteren Bevölkerung statt.“

Vergleiche man die Situation in Luxemburg mit jener in den Nachbarländern werde klar, wie großzügig die hiesigen Leistungen sind. „Die Ersatzquote eines Arbeiters bei durchschnittlichem Einkommen liegt in Luxemburg bei 87 Prozent. Dieser Wert drückt aus, wie viel des früheren Bruttoeinkommens die Rentenanwartsprüche abdecken. In Belgien und Deutschland sind es 42 und in Frankreich 49 Prozent“, sagte der Wirtschaftsprofessor im Gespräch mit dem Luxemburger Wort. Allerdings müsse man bei einem Vergleich bedenken, dass in diesen Ländern häufig Betriebsrenten oder private Vorsorge hinzukommen, was in Luxemburg noch nicht sehr verbreitet ist.

Neueste Prognosen zur Entwicklung der Beschäftigung und des wirtschaftlichen Wachstums in Luxemburg enthält der Bericht 2015 der

„Ageing Working Group“ des EU-Komitees für Wirtschaftspolitik (EPC) in Brüssel. Vorsitzender der luxemburgischen Delegation ist Statec-Direktor Serge Allegrezza. „Die Daten für das Großherzogtum, die sich zu diesem Thema im Rapport wiederfinden, stammen von der Generalinspektion für Sozialversicherung (IGSS) und unserem Statistikamt“, so Allegrezza. Demnach soll die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2020 noch um 2,6 Prozent steigen, 2030 um 1,7 Prozent, 2040 um 1,3 Prozent, 2050 um 0,7 Prozent und 2060 nur noch um 0,4 Prozent. Beim Bruttoinlandsprodukt geht man für 2020 noch von einem Wachstum in Höhe von 3,0 Prozent aus. 2030 sollen es 2,9 Prozent und 2040 noch 2,8 Prozent sein, während für 2050 noch 2,2 Prozent und 2060 nur noch 1,9 Prozent erwartet werden. „Aufgrund dieser und weiterer Daten wurde erneut berechnet, wie sich die luxemburgische Rentenreserve entwickeln könnte. Inzwischen geht man nicht mehr davon aus, dass sie 2034 sondern erst 2046 zur Neige geht“, so der Direktor des Statistikamtes im Gespräch mit dem Luxemburger Wort. Allegrezza zufolge besteht das Problem künftiger Renten nicht nur in der Zahl der beitragszahlenden Beschäftigten, sondern zunächst einmal in der Entwicklung der Produktivität, da ohne Wachstum kaum mit einem substanziellen Anstieg der Beschäftigten zu rechnen sei und dann auch keine weiteren Arbeitsimmigranten oder Grenzgänger ins Land kämen.

„Wachstum ist der richtige Ansatzpunkt“

Von einer Erhöhung der Rentenbeiträge hält Serge Allegrezza eher wenig. „Das ist eine gefährliche Option. Jeweils acht Prozent der 24 Prozent tragen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Staat. Das bedeutet also, dass ein Teil der Rentenbeiträge durch den Staat subventioniert wird. Das trägt bisher mit dazu bei, dass die Lohnnebenkosten in Luxemburg vergleichsweise moderat sind, und das möchte man nicht so schnell aufgeben.“ Auch an eine Kürzung der Rentenleistungen möchte der Statec-Chef nicht als erstes denken. „Das tun nur Leute ohne Vorstellungskraft. Zunächst müssen wir unsere Anstrengungen in Luxemburg darauf verwenden, die Produktivität nach oben zu schrauben, auf Innovation zu setzen und möglichst viele Talente anzuziehen. Das ist die richtige Herangehensweise. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn wir 2060 hier eine Million Einwohner haben. Wir müssen die Völkerwanderung nach Luxemburg nur organisieren.“ Auf die Frage, wie dies ausreichen könne, um die Rentenlücke zu schließen, verweist Allegrezza auf die Rentenreform aus dem Jahr 2012, die ebenfalls einen wichtigen Beitrag dazu leisten könne. „Diese Reform reicht in ihrer möglichen Auswirkung weiter als es vielleicht für viele den Anschein haben mag. Beitragsröhungen und Leistungssenkungen durch den integrierten Anpassungsmechanismus seien jedoch nicht die entscheidende Lösung der Probleme. Wachstum ist der richtige Ansatzpunkt.“

Jean-Claude Juncker a été mandaté pour repenser l'Union économique et monétaire

Un rapport, mais peu d'engagement



Jean-Claude Juncker (à droite) a exceptionnellement été mandaté pour conduire, avec Donald Tusk notamment, l'élaboration d'un rapport pour construire la gouvernance économique de la zone euro de demain. (PHOTO: AFP)

PAR PIERRE SORLUT

«La zone euro ne s'est pas relevée de la crise de la même manière que les Etats-Unis, ce qui pourrait indiquer que dans une union monétaire incomplète, les ajustements s'effectuent beaucoup plus lentement que dans une union s'appuyant sur un dispositif institutionnel plus achevé. Ce constat d'échec provient d'une note d'analyse présentée au Conseil européen de février. Il est le point de départ de la réflexion menée par Jean-Claude Juncker sur la gouvernance de la zone euro.

L'événement vaut la peine d'être souligné. Pour la première fois, les Etats membres de l'Union européenne ont mandaté le président de la Commission – et non celui du Conseil Donald Tusk – pour diriger le rapport des quatre présidents. Outre les deux précédemment cités, y participent celui de la Eurogroupe, Jeroen Dijsselbloem, et celui de la Banque centrale européenne, Mario Draghi. Il devra être livré en juin.

Depuis cette décision prise le 24 octobre, le «rapport Juncker» prend progressivement corps. Le 12 février par ladite note, l'ancien Premier ministre a présenté au conseil un avant-goût des pistes à explorer pour mieux coordonner les politiques économiques dans l'Union économique et monétaire (UEM), tout en favorisant la «convergence et la solidarité», deux mots consacrés dans le mandat.

Car les lacunes s'avèrent nombreuses et de plus en plus problématiques. Dans l'ensemble de la zone euro, depuis l'introduction de la monnaie unique, les deux principaux critères du pacte de stabilité, à savoir un niveau d'endettement inférieur à 60 % du PIB et un déficit annuel ne dépassant pas ses 3 %, n'ont jamais été respectés. La dette publique n'a pu être ramenée en moyenne qu'à un mieux de 66,2 %. C'était en 2007. L'endettement s'établit aujourd'hui à 94,3 %. Seuls

le Luxembourg et l'Estonie ont fait figure d'élèves modèles depuis 1997. Sont également identifiés des problèmes de compétitivité liés aux rigidités des marchés du travail et des produits. Si le Luxembourg se positionne dans la moyenne à ce niveau, il pêche en revanche à celui du coût salarial unitaire où seule la Grèce, véritable aberration statistique permanente dans la zone euro, a connu la plus grande augmentation entre 2001 et 2009.

Les quatre présidents n'écartent bien sûr pas les mesures prises par l'Union européenne pendant la crise. La réforme du pacte de stabilité et de croissance et l'accord sur le pacte budgétaire permettent de régulièrement comparer l'équilibre des budgets nationaux. Idem pour les nouvelles mesures concernant les déséquilibres macroéconomiques. Mais force est de constater qu'elles ne sont pas suffisamment appliquées. Le mécanisme européen de stabilité offre lui dorénavant un cadre de gestion de crise, tout comme l'Union bancaire pour ce qui concerne les établissements de crédit. Là, les résultats sont plus probants – quoique encore incomplets. Les quatre présidents cherchent avant tout des voies pour réactiver la pompe à croissance en respectant le «triangle vertueux», lequel a pour côtés des réformes structurelles, des investissements et une responsabilité budgétaire.

Quelles pistes à explorer?

Pour les chefs de l'Union économique et monétaire, à court terme, la piste des engagements fermes des Etats en faveur de réformes durables doit être suivie. Parallèlement l'intégration du marché des capitaux fait également figure de priorité. Cela tombe bien, c'en est aussi une de la présidence luxembourgeoise de l'UE, laquelle débutera le 1^{er} juillet. L'idée? Faire participer davantage les investisseurs privés au financement de l'économie – selon le

modèle américain. Cela permettrait, pense-t-on, de répartir les risques sur l'ensemble des acteurs. Aujourd'hui on estime qu'en Europe les banques participent pour 80 % aux financements des entreprises tandis que les marchés de capitaux – c'est-à-dire les actions et les produits financiers non bancaires – en pourvoient seulement 20 %. La proportion est inversée aux Etats-Unis.

Liquidifier l'investissement

Se posent aujourd'hui les questions de l'harmonisation de la fiscalité, des régimes d'insolvabilité et du droit des sociétés. Travailler sur ces domaines permettrait de favoriser les investissements transfrontaliers et de mieux répartir un argent alors devenu plus liquide. Les domaines de l'économie numérique (voir par ailleurs) et de l'énergie sont plus spécifiquement visés par les présidents. Depuis le mois de mars, des «sherpas» désignés par les gouvernements travaillent sur les éléments de réponse à apporter aux problèmes soulevés par le président de la Commission et ses pairs. Yuriko Backes, femme de confiance du Premier ministre pour les questions internationales, représente le Grand-Duché dans ce cercle de conseillers spéciaux. Parmi les mesures phares envisagées: un budget spécial pour la zone euro alimenté par des recettes fiscales propres. Il servirait le cas échéant des politiques de soutien régionales. Dix pays – dont la France, la Belgique et le Luxembourg – y sont favorables. L'Allemagne émet de sérieuses réserves.

Les quatre présidents, associés à celui du Parlement européen, Martin Schulz, se rencontreront la semaine prochaine pour faire le point sur les discussions et peut-être, via MM. Juncker et Draghi, relancer cet état d'esprit fédéraliste parfois mis de côté par les Etats. Les sherpas de ces derniers se reverront le 26 mai pour un dernier dîner pour s'entendre sur un projet de rapport à

présenter au conseil fin juin, juste avant le début de la présidence luxembourgeoise. Y seront réconciliés vœux pieux et ambitions réalistes.

Pierre Gramegna, ministre des Finances, présidera à ce titre les conseils relatifs à l'Union économique et monétaire entre début juillet et fin décembre. Devant l'ampleur du chantier, l'intéressé souhaite adopter «une approche très pragmatique». Après avoir examiné les projets envisagés par l'exécutif européen, le gouvernement luxembourgeois a choisi de travailler sur la simplification de la directive prospectus, laquelle permet de faciliter l'accès aux marchés de capitaux. La mesure favoriserait l'investissement, y compris transfrontalier, dans les petites entreprises. Le ministre des Finances prévoit en outre de pousser une directive visant à faciliter «une titrisation crédible, simple et transparente».

L'on comprend en somme que dans l'élaboration du rapport Juncker, les ambitions fédéralistes de ses auteurs se confrontent à la froide prudence des représentants des Etats qui privilégient des avancées par petits pas. Pas question donc pour l'instant de leur côté de modifier les traités. Fixer des lignes directrices, c'est bien, dit-on en substance. Mais commençons par respecter les règles existantes, quitte à les améliorer à la marge quand cela s'avère nécessaire. C'est ce qu'on appelle une conception réaliste.

